



4. Dezember 2018

„Unsere Gesellschaft muss sich aktiv zu Jüdinnen und Juden bekennen und Antisemitismus bewusst ablehnen“

Bayerns Antisemitismusbeauftragter Dr. Spaenle fordert bundesweit einmaligen gesamtgesellschaftlichen Dialog zu Antisemitismus – Annahme der Internationalen Definition als Ausweis zur Solidarität mit Juden

MÜNCHEN. Dr. Ludwig Spaenle, Bayerns Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, hat angesichts der aktuellen besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zum Problem des Antisemitismus gefordert – mit dem Ziel einer klaren Meinungsbildung: „Wer sich die internationale Definition von Antisemitismus zu eigen macht, liefert einen Ausweis zur Solidarität mit Jüdinnen und Juden und gibt ein Bekenntnis ab gegen den Antisemitismus.“

Als Grundlage für die eigene Meinung soll die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) dienen, die von 31 staatlichen IHRA-Delegationen und von vielen Staaten anerkannt wurde. Sie lautet: „Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Dr. Spaenle sieht in der breiten Akzeptanz dieser Definition eine Chance, den Antisemitismus in Deutschland und in Bayern zurückzudrängen. Umso mehr gesellschaftliche Akteure die Antisemitismusdefinition diskutieren und bewusst annehmen, umso intensiver werde die Überzeugung in das Öffentliche Bewusstsein eindringen und so eine belastbare Grundlage für eine „Kultur des Hinschauens“ liefern.

„Ich rufe deshalb dazu auf, dass sich die Parteien, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, die organisierte Gesellschaft von den Sozial- und Jugendverbänden über Kulturvereinigungen bis hin zu den Sportverbänden mit dem Problemkreis aktiv auseinandersetzen. Eine solche Debatte über den Antisemitismus darf sich nicht auf die Parlamente beschränken. Nach einem umfassenden Dialog werden wir das Problem sensibler wahrnehmen, Phänomene des Antisemitismus frühzeitiger erkennen und bereitwilliger und klarer als bisher die Stimme zugunsten von Jüdinnen und Juden und gegen den Antisemitismus erheben“, sagte Dr. Spaenle.

Angesichts der steigenden Zahlen antisemitischer Vorfälle und Straftaten hält der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung den bundesweit bisher einmaligen Dialogprozess in der Gesellschaft des Landes für unverzichtbar.

„Wir können so wirksam Ausgrenzung und Aggression gegen Juden begegnen. Wir dürfen antijüdische Gesinnung nicht tolerieren und antijüdische Handlungen nicht zulassen, unabhängig ob sie z. B. von rechtsextremen oder linksextremen Kräften oder Islamisten ausgeht. Bei Antisemitismus gibt es nur eins: null Toleranz.“

Weitere Arbeitsschwerpunkte von Dr. Spaenle

Dr. Spaenle bettete seine Forderung nach einem gesamtgesellschaftlichen Dialog zum Problemkreis Antisemitismus mit klarer Meinungsbildung in ein Paket von Maßnahmen ein, die er in seiner zweiten Amtszeit als Antisemitismusbeauftragter weiter angehen will: Dazu gehören etwa die Vertretung von Anliegen von Jüdinnen und Juden, die Realisierung einer Meldestelle für antisemitische Vorfälle, ein bayerisch-israelisches Jugendwerk, die Zugänglichmachung von Archivalien der ehemaligen jüdischen Gemeinden in Bayern durch Digitalisierung sowie vielfältige Anstrengungen, die Vielfalt jüdischen Lebens deutlich zu machen.

Dr. Ludwig Unger, Tel. 089-21862042 oder 0173-8632709